

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

3.7.1931 (No. 152)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 955  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
L. B.  
G. A. Schryber  
Karlsruhe

Wegzugspreis: Monatlich 5,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangsweiser Beirteilung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Badischer Staatsanzeiger; Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Hoover-Verhandlungen gestern wieder vertagt

**Noch kein Zeitpunkt  
für die heutigen Verhandlungen bekannt**  
WZB. Paris, 3. Juli. (Tel.) Die gestrigen Verhandlungen wurden auf heute, Freitag, vertagt. Nach Havas ist der Zeitpunkt des Zusammentritts der französisch-amerikanischen Botschaften für heute noch nicht bestimmt. Man vermutet jedoch, daß eine Abend-sitzung stattfinden wird.

WZB. London, 3. Juli. (Tel.) Im Gegensatz zu den optimistischen Äußerungen der französischen Blätter meldet der französische Korrespondent des „Daily Telegraph“ aus Paris: Entgegen mehreren Presseberichten scheinen gestern keine wirklichen Fortschritte in den Verhandlungen gemacht worden zu sein. Die Frage des Garantiefonds und die Priorität des französischen Anteils an den ungeschützten Krediten bietet anscheinend noch immer unüberwindliche Schwierigkeiten. Die französischen Minister beharren fest auf dem Standpunkt, daß sie in dieser Frage keinerlei Zugeständnisse machen könnten. In den anderen Punkten sind sie bereit, die Möglichkeit von Kompromissen zu prüfen. Der Pariser Korrespondent des „Daily Express“ dagegen will wissen, daß es in einigen Hauptpunkten zwischen den französischen und amerikanischen Unterhändlern zu einer provisorischen Vereinbarung gekommen sei. „Daily Mail“ ist der Meinung, daß das britische Angebot gestern einen Abbruch der Verhandlungen verhindert habe.

### Ein englischer Konferenzvorschlag

England hat durch einen diplomatischen Schritt den Mächten erklärt, die Regierung habe die ernsthafte Hoffnung, daß bezüglich des Vorschlages des Präsidenten Hoover die Verhandlungen in Paris erfolgreich sein werden. Für den Fall, daß eine Einigung nicht zustande kommt, habe sie ihre Bereitwilligkeit ausgedrückt, eine Zusammenkunft von Vertretern der interessierten Mächte an einem baldigen Datum abzuhalten, um zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Dazu weisen die Londoner Blätter auf den Ablauf des von Hoover vorgeschlagenen Datums, des 1. Juli, für den Beginn des Festsjahres hin. Der britische Vorschlag würde außer Amerika und die Gläubiger Deutschlands auch Deutschland selbst einschließen. Da die französische Regierung es für unmöglich hält, daß Briand und Laval nächste Woche zur Besprechung nach London kommen, werde Henderson eventuell nach Paris fahren.

„Daily Herald“ schreibt: Die französische Regierung habe auf den britischen Vorschlag geantwortet, sie nehme ihn grundsätzlich mit Freude an, doch sei es unmöglich, für Briand und Laval, für das Wochenende nach London zu kommen. Somit ist die Einladung gewissermaßen in der Schwebe geblieben. Falls die französisch-amerikanischen Botschaften mit einer Einigung enden, würde dies nicht nötig sein; brechen sie aber endgültig zusammen, dann werde die Einladung wiederholt werden, und die Londoner Zusammenkunft wird wahrscheinlich nächste Woche stattfinden.

Faßt die gesamte französische Presse läßt eine optimistische Note anklängen und tritt für eine eventuelle Zusammenkunft der Youngplan-Signatarmächte ein. Falls die französisch-amerikanischen Verhandlungen keine Einigung brächten, was jetzt so gut wie unwahrscheinlich sei, liege immer noch die Möglichkeit vor, auf die vorgeschlagene Konferenz zurückzugreifen. „Petit Journal“ regt ein Moratorium für sämtliche Zahlungen Deutschlands während des Festsjahres an, einschließlich der kurzfristigen Kredite. Nach dem „Matin“ scheint ein günstiger Abschluß der französisch-amerikanischen Verhandlungen in 2 oder 3 Tagen bevorzustehen. Das einzige, wirklich heikle Problem, das noch zu lösen sei, sei das des Garantiefonds. Aber auch hier sei eine befriedigende Lösung zu erwarten.

### „New York Times“ über die Lage

WZB. New York, 3. Juli. (Tel.) Die New-Yorker Morgenblätter betonen auf der ersten Seite und in Leitartikeln, daß in den nächsten Tagen eine Verständigung mit Frankreich zu erwarten sei. Die „Times“ schreibt, man müsse sich vor allem vor Augen halten, daß die die ganze Welt berührende Bewegung sich fortentwickele; dieser Bewegung gegenüber könne keine Nation ihren Willen diktieren, da sie längst jeder lokalen Kontrolle entwachse sei. In Paris werde Mellon jetzt mit Benjamin Franklin verglichen, und es empfehle sich, auch an Franklin's Ausspruch zu denken: „Wenn wir nicht alle zusammenhängen, werden wir einzeln hängen!“. Dieser Spruch treffe in hohem Maße auf die Nationen zu, die Gefahr laufen, getrennt zusammenzubrechen, sobald sie nicht zusammenarbeiten wollen. Niemand hätte dieses rascher begriffen als Mussolini, der dem Hoover-Plan sofort zugestimmt und für Italien in Kraft gesetzt habe. Auch die französische Regierung besähe nicht auf einer Ablehnung der zuletzt ergangenen Vorschläge Hoovers.

### Die französische Kammer geht in die Ferien

WZB. Paris, 3. Juli (Tel.). Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Paul Bourcier, und der Vorsitzende des Finanzausschusses, Malou, haben gestern den Ministerpräsidenten Laval gebeten, das Parlament nicht vor Abschluß der Verhandlungen über den Hoover-Plan in die Ferien zu schicken. Laval wiederholte, daß er bereits

### Letzte Nachrichten

#### Die Auffassung in Berlin

**Die Pariser Verhandlungen vor dem Abschluß?**  
M. Berlin, 3. Juli. (Priv.-Tel.) In Berliner politischen Kreisen nimmt man an, daß die amerikanisch-französischen Verhandlungen noch heute zum Abschluß kommen, da man in Paris genau wie sonst in den anderen Hauptstädten sehr großen Wert auf das Wochenende legt, also sonst eine Verschiebung bis auf Montag oder Dienstag erfolgen müßte.

Im wesentlichen haben die Amerikaner durchgesetzt, daß ihre Wünsche erfüllt werden, d. h. der bindende Grundsatz wird anerkannt, wonach nichts Wesentliches an dem Hoover-Plan geändert werden darf, und daß zweitens Deutschland in den vollen Genuß des Festsjahres kommt. Der einzige Punkt, der noch offen steht, ist durch den Youngplan bedingt, wonach Frankreich 500 Millionen einzahlen muß, sobald ein deutsches Moratorium erfolgt. Hier konnten die Amerikaner keine irgendwie bindende Erklärung abgeben, weil sie nicht zu den Unterzeichnern des Youngplans gehören. Sie haben lediglich verhindert, daß Deutschland mit dieser Summe auch noch belastet wird. Es scheint nun, als ob im wesentlichen auch mit den übrigen Signatarmächten ein Einvernehmen dahin erzielt worden ist, daß diese Summe überhaupt nicht eingezahlt wird. Deshalb wurde auch der gestrige Vorschlag der Engländer, ihn in einer Konferenz zu behandeln, von den Franzosen als überholt angesehen und dementsprechend behandelt.

Einige Blätter wie „Deuere“ und „Matin“ sprechen zwar noch von einer Reparations-Konferenz, auch unter Einziehung Deutschlands, doch scheint das von den Tatsachen bereits überholt. Nach Berliner Auffassung hat man in Paris keine besondere Neigung, eine solche Reparations-Konferenz anzuberaumen, bei der ja auch die Gegenseite zwischen den Gläubigern sehr stark zum Ausdruck kommen müßte. Die Verhandlungen, die noch offenstehen wegen des Garantiefonds, dürften also hinter den Kulissen erledigt werden.

### Verfailltes und die deutsche Slotte

#### Eine Behauptung des französischen Marineministers

M. Berlin, 3. Juli (Priv.-Tel.). Der französische Marineminister hatte in der Debatte des Senats gegen Deutschland den Vorwurf erhoben, daß es über den Verfall der Verträge hinaus sein Flottenprogramm um etwa 25 Prozent gesteigert habe. An den zuständigen Stellen in Berlin versteht man absolut nicht, wie er darauf gekommen ist, da das vom Reichstag angenommene Flottenbauprogramm unüberleglich beweist, daß Deutschland nicht nur den Verfall der Verträge nicht überschreitet, sondern ihn auch in einzelnen Schiffsklassen nicht einmal erreicht. Das hätte der französische Marineminister sehr wohl wissen können. Es besteht natürlich die Möglichkeit, daß man in Paris die eigene Klüftung mit dem Vorgehen gegen Deutschland begründen wollte, während man in Wirklichkeit an andere Mächte (Italiens! Red.) gedacht hat.

### Die Arbeitszeit und Löhne

#### im englischen Kohlenbergbau

WZB. London, 3. Juli. (Tel.) Vor Schluß der gestrigen Unterhaus-sitzung kündigte MacDonald in später Abendstunde an, daß das Notgesetz über die Kohlenbergwerke heute formell eingebracht und am Montag erließigt werden würde. Dieser Schritt der Regierung ist notwendig geworden, nachdem die Kohlenverhandlungen zwischen Besessenen und Bergleuten ergebnislos geblieben sind. Das Gesetz sieht, wie „Daily Herald“ bestätigt, die Fortdauer des 7 1/2 stündigen Arbeitstages für die Zeit von zwölf Monaten bzw. bis zur Ratifizierung der Genfer Kohlenkonvention, sowie die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne vor.

gestern Nachmittag in der Kammer gesagt hatte, daß er keineswegs beabsichtige, auf eine ihm von der Verfassung bewilligte Prärogative zu verzichten, daß er aber auch nicht das Kontrollrecht des Parlaments verleierte. Falls also die Umstände es erforderten, würde er das Parlament zu einer außerordentlichen Session einberufen, um es über die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

### Ein amerikanischer Kredit für Osteuropa

WZB. London, 3. Juli. (Tel.) Wie der „Times“-Korrespondent in Washington meldet, wurde gestern nachmittag der Gouverneur der Bundesreservebank, Meyer, und der Handelssekretär Lament ins Weiße Haus gebeten. Man glaubt, daß die Frage der Beschaffung von Krediten für die Länder Europas, die unter dem von Hoover vorgeschlagenen Ausschub der deutschen Zahlungen leiden würden, Gegenstand der Besprechungen gewesen ist. Deutsches wird am 10. Juli nach London abfahren, wo er eine Zusammenkunft mit Henderson haben wird, ehe dieser am 14. Juli nach Paris fährt.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Finanzierung von Auslands- und Inlandsaufträgen — Aus Generalversammlungen von Großkonzernen

Wie berichtet wurde, haben auch badische Werke wie Benz, Gaggenau, und die Motorenwerke Mannheim nach Verhandlungen mit der russischen Handelsvertretung in Berlin erhebliche Lieferungen für Rußland auf Grund des deutsch-russischen Aprilabkommens erhalten. Es sollen in Deutschland von dem Gesamtauftrag in Höhe von 300 Millionen Reichsmark bereits Aufträge in Höhe von 200 Millionen Reichsmark vergeben sein. Dazu wird noch weiter mit der Reichsbahn wegen der Überlassung von gebrauchten Waggons, deren Umbau übrigens auch der Waggonindustrie Aufträge in Höhe von etwa 25 Millionen Reichsmark verschaffen würde, verhandelt, während man wegen der Überlassung von Lokomotiven nicht zu einer Einigung gelangt ist. Die bisherigen Automobilaufträge (meist Lastwagen) haben eine Gesamthöhe von 5 Millionen Reichsmark, 60 Millionen sind an die elektrotechnische Industrie vergeben worden, 40—50 Millionen sind Eisenaufträge und 70 Millionen entfallen auf Werkzeugmaschinen.

Man darf freilich nicht vergessen, daß die Preise in Anbetracht der langen Zahlungsfristen vielfach erheblich gedrückt, die Lieferfristen kurz sind. Die Russen haben es verstanden, sich die Kostlage der deutschen Industrie zunutze zu machen, die immer wieder gezwungen ist, um ihre Betriebe weiter beschäftigen zu können, unter recht ungünstigen Bedingungen abzuschließen. Es sollen sogar Aufträge übernommen worden sein, deren Finanzierung durch die betr. Firmen noch gar nicht gesichert ist, wie überhaupt außerdem die Aufbringung der Mittel für diese Kredite, da ja die Industrie Löhne, Rohstoffe und Steuern bezahlen muß, während sie selbst auf Bezahlung der Russen erheblich länger zu warten hat, zunehmende Sorge bereitet. Die WZB. in Basel verhält sich den deutschen Banken gegenüber bei deren Bemühungen, Auslands-gelder heranzuziehen, ziemlich ablehnend. Man spricht von der Möglichkeit weiterer großer Russenbestellungen im nächsten Jahr, die freilich nur dann Wert haben werden, wenn die deutsche Industrie sie zu erträglichen Preisen hereinbekommt und sie zu finanzieren imstande ist. Schon jetzt wird das Risiko der deutschen Gesamtwirtschaft, an dem ja auch Reich und Länder beteiligt sind, bei den bisherigen Russenaufträgen mit Laufzeiten bis 1934 auf nicht weniger als 800 Millionen und das Risiko der öffentlichen Stellen auf etwa 500 Millionen Reichsmark geschätzt, so daß die Bedenken nicht verstummen wollen, ob Deutschland nicht zu viel auf die russische Karte setzt.

Aber auch für Inlandsaufträge muß sich die deutsche Industrie unter nicht geringen Schwierigkeiten um die Finanzierung bemühen. Dabei handelt es sich nicht nur um Privataufträge, sondern auch um Lieferungen für ein so großes Unternehmen wie die Reichsbahn. In der letzten Notverordnung wurde mitgeteilt, daß die Reichsregierung mit der Reichsbahn vereinbart hat, daß für 200 Millionen Reichsmark Arbeiten über den Voranschlag von 1931 hinaus beschleunigt ausgeführt werden sollen. Das Regierungsprogramm beziffert vor allem für Gleisumbauten usw. den Anteil der direkten und indirekten Lohnaufwendungen allein auf die Hälfte dieser Summe. Hier soll auch die Stein- und Schotterindustrie Beschäftigung finden. 100 Millionen Reichsmark sollen ferner auf Bestellungen für die Eisenindustrie entfallen und mit dem Stahlverband wird über Bestellungen in Höhe von ungefähr 80 Millionen Reichsmark verhandelt. Die Eisenindustrie will auf dem Weg der Selbstfinanzierung diese Arbeitsbeschaffung erleichtern. Es handelt sich um Schienen-, Brückenmaterial usw., allerdings auch unter Inanspruchnahme von Lagerbeständen.

Die Waggonbauvereinigung, die Organisation der deutschen Waggonindustrie hat in einer Denkschrift an die Reichsbahn-Hauptverwaltung nun wieder den Vorschlag gemacht, den stark überalterten Wagenpark zu erneuern, um damit eine regelmäßige und gleichmäßige Beschäftigung mit Reichsbahnaufträgen zu erreichen. Bei einem gegenwärtigen Überbestand von etwa 100 000 Güterwagen sind die Aussichten auf Verwirklichung dieses ganzen Vorschlags nicht allzu groß. Besser vielleicht liegt die Angelegenheit bei den Personenwagen der Reichs-



bahn, von denen noch recht alte Typen laufen, deren Reparaturen wesentlich unwirtschaftlicher sind als Neuananschaffungen. Die Denkschrift weist darauf hin, daß der 1926 zwischen der Reichsbahn und der Waggonindustrie abgeschlossene Vertrag den Zweck hatte, eine gleichmäßige Preisbildung zu erleichtern und sich für die Industrie recht vorteilhaft auswirkte. Er nütze aber jetzt nichts, weil damit zu rechnen sei, daß für das zweite Halbjahr 1931 überhaupt keine Waggonaufträge erteilt werden, während man mit den Aufträgen für das erste Halbjahr bereits zu Ende sei. Um die drohende Stilllegung des gesamten deutschen Waggonbaus zu vermeiden — die Russenaufträge, Umbauten von Güterwagen und Herstellung von Drehgestellen bringen nur ganz unzureichenden Ersatz —, wird nun der oben erwähnte Vorschlag der Erneuerung des Wagenmaterials gemacht. Eine gleichmäßige Reichsbahnbeschäftigung sei, so wird erklärt, für die Industrie unumgänglich, wenn sie im Konkurrenzkampf im freien In- und Auslandsgeschäft bestehen und Gewinne erzielen wolle. Die Reichsbahn brauche zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit jährlich rund 20 000 Waggon im Werte von 180 Millionen Reichsmark. Bei der Finanzlage der Reichsbahn weiß die Waggonindustrie allerdings, daß sie nur Aussicht hätte erhöhte Reichsbahnaufträge zu erhalten, wenn es ihr gelänge, die Finanzierung dieser Aufträge selbst durchzuführen, bis die Reichsbahn soweit gesundet ist, daß sie die Mittel Zug um Zug selbst aufbringen kann. Man weist auf den Vorgang von 1928 hin, wo die Waggonindustrie der Reichsbahn einen 100-Millionen-Kredit eingeräumt hat, der jetzt in der Abwicklung begriffen ist. Überflüssig zu sagen, daß bei dem allgemeinen Kapitalmangel die Aufbringung erhebliche Schwierigkeiten machen wird, doch will es die Waggonindustrie versuchen, falls die Reichsbahn ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt.

Die Generalversammlungen von 3 Großunternehmen, die für das badische Land besondere Bedeutung haben, fanden in dieser Woche statt. Die dort gemachten Mitteilungen illustrieren sowohl die Weltwirtschaftskrise wie das schwere Ringen der deutschen Industrie und zeigen auch da und dort die Aussichten auf, die sich speziell unserer badischen Wirtschaft, soweit sie auf industrielle Verarbeitung eingestellt ist, bieten.

Die Generalversammlung der Daimler-Benz AG. in Stuttgart-Untertürkheim, die ja in Baden bekanntlich durch das immer mehr eingeschränkte Mannheimer Werk und das allerdings wesentlich besser beschäftigte Gaggenauer Werk für den Lastkraftwagenbau vertreten ist, mußte den bekannten Verlustabschluß genehmigen. 7 477 000 Reichsmark Verlust werden aus dem Reservefonds gedeckt. Bemerkenswerte Mitteilungen erfolgten in der Generalversammlung über die Leistungen der deutschen Automobilindustrie, in der bekanntlich weitere Zusammenschlüsse geplant und wohl auch notwendig sind, um die Rentabilität der Unternehmen zu verbessern. Daimler-Benz hat zu diesem Zweck, um etwaige Zusammenschlüsse zu erleichtern, über 6 Millionen Reichsmark eigener Aktien auf dem Markt zusammengekauft und will auch später an den Ankauf von Obligationen denken, sobald sich die übrigens zufriedenstellende Liquidität der Gesellschaft weiter verbessert haben sollte. Der Absatz an Personenkraftwagen ist gegen das Vorjahr in der deutschen Automobilindustrie wertmäßig um 45 Proz., also fast um die Hälfte zurückgegangen, während der Absatz nach der Stückzahl nur einen Rückgang um 30 Proz. aufweist. Dagegen hat sich trotz der schwierigen Wirtschaftslage der Lastkraftwagenbau besser angelassen. Im Mai wurde gegenüber dem April sogar die doppelte Absatzziffer erreicht. Bessere Beschäftigung bringt der Russenauftrag dem Werk Gaggenau (der 200 Lastkraftwagen im Wert von fast 2½ Millionen umfaßt). Interessant waren besonders die Mitteilungen über die Preisentwicklung. Der Preisindex für Personen- und Lastkraftwagen stellt sich heute verglichen mit 1913 auf 58—60 Proz. Dabei sind aber nicht die qualitativen und konstruktiven Verbesserungen gegenüber damals berücksichtigt, so daß man sagen kann, daß die Autopreise — wenn man den wirklichen Wert der Wagen vergleicht —, tatsächlich ein Drittel derjenigen der Vorkriegspreise betragen. Dabei liegt der Gesamtindex der deutschen Fertigungindustrie mit zirka 37 Punkten (137) über dem Stand von 1913.

Die in Mannheim abgehaltene Generalversammlung der Zellstofffabrik Waldhof und fünf deutscher Tochtergesellschaften — vier davon liegen in Baden, die Bahngesellschaft Waldhof, die badische Holzstoff- und Pappfabrik Obertrot, die Papyrus AG. Mannheim-Waldhof und die Papierfabrik Weihenstein AG., Forstheim-Dillweihenstein —, brachte Mitteilungen über die nun leider erfolgende Verlegung der Zentralverwaltung nach Berlin, während übrigens der Sitz der Gesellschaft in Mannheim verbleiben soll. Die Verlegung wird damit begründet, daß das Schwergewicht der Waldhof-Unternehmungen sich nach dem Nord-Osten verlegt habe, und daß auch das neugegründete deutsche Zellstoff-Syndikat, das einen großen Teil der Zelluloseerzeugnisse Waldhofs vertreibt, seinen Sitz in Berlin hat. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 6 Proz. fest. Es wurde mitgeteilt, daß das größte in Finnland im Bau befindliche Werk (Kerholm), das leider einen Teil der bisher aus finnischem Holz in Deutschland erfolgten Zelluloseproduktion nach dem Ausland verlegen wird, in diesem Juli fertig, und seinen Betrieb aufnehmen wird. Doch ist zu hoffen, daß sich die Absätze durch das finnische Unterneh-

men im ganzen erhöhen, wie ja auch mitgeteilt wird, daß die bisher für Stockholm schon getätigten Verkäufe nicht direkt auf Kosten des Abzuges von Waldhof gingen. Das finnische Werk wird übrigens auch außerhalb des deutschen Syndikats stehen.

Über die Absichten der Leitung der Berlin-Karlshöher Industriewerke geben die Berichte über die Generalversammlung dem Außenstehenden wenig Aufschluß. Auch dieses Großunternehmen ist zu Ankäufen eigener Aktien geschritten und hat bisher Aktien im Höhe von 9 Millionen erworben. Nach den von der Generalversammlung allerdings unter Protest eines Opponenten angenommenen Beschlüssen, hat die Verwaltung nun die Ermächtigung bis zu 15 Millionen Reichsmark, die Hälfte des Kapitals, zurückzukaufen. Das Unternehmen, das seine Kugellagerfabrikation abgestoßen hat und daran wohl guttat, da es Verluste daraus zu erwarten hatte, ist in einer umfangreichen Umstellung begriffen und will Mittel zu weiterem Aktienankauf durch Verwertung größerer Objekte schaffen, sobald dies möglich ist. Der Wiederaufbau der verbliebenen Produktion, soll mit größter Vorficht erfolgen, wobei allerdings einsehend auch an den Ausbau der bisherigen Produktionszweige gedacht ist. Die Opposition wandte sich hauptsächlich gegen die Aktienankäufe, da durch sie die Macht der Verwaltung sich gegenüber den außenstehenden Aktionären immer mehr steigere, und verlangte eine Zusammenlegung des Kapitals, wodurch eine Dividendenausschüttung hätte erfolgen können. Ihr wurde entgegen, daß auch eine solche Dividendenzahlung aus der Substanz durchgeführt hätte werden müssen.

### Immer wieder politische Zusammenstöße

Bei einem politischen Zusammenstoß in Leipzig zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten wurden von den Kommunisten Revolvergeschosse abgegeben. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Bauchschuß tödlich verletzt. Das Polizeipräsidium hat ein Verbot aller Versammlungen, Demonstrationen und Umzüge erlassen. Der bei den Zusammenstößen in Peine (Hannover) schwerverletzte Nationalsozialist Siebers aus Braunschweig ist gestorben. Weiter wurde ein Nationalsozialist aus Peine schwerverletzt aufgefunden. Er ist einem Überfall zweier Kommunisten zum Opfer gefallen.

Im Laufe des Donnerstagsnachts rückte das Überfallkommando der Münchener Polizei wiederholt aus, um Menschenansammlungen vor dem Braunen Haus und der Briener Straße zu verhindern. Gegen Abend entstand das Gerücht in der Stadt, daß man das Braune Haus stürmen wolle. Das löste gegen 9 Uhr abends zahlreiche Nationalsozialisten nach der Briener Straße. Als die Menschenmenge immer größer wurde, griff das Überfallkommando ein, räumte die Straße und sperrte sie für jeden Fußgängerverkehr ab. Erst gegen 23 Uhr wurde die Straße wieder freigegeben.

W.B. Berlin, 8. Juli. (Tel.) Im Laufe des gestrigen Tages und der Nacht wurden wegen Tragens des verbotenen Sportabzeichens in Berlin 346 Zwangsstellungen vorgenommen. 294 wurden noch im Laufe der frühen Nacht nach Feststellung ihrer Personalien entlassen. Die restlichen 62 Festgenommenen werden im Laufe des Vormittags dem Schnellrichter zugeführt, da sie sich gegen § 8 der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten vergangen haben.

### Wieder ein Kloster in Madrid in Brand gesteckt

W.B. Madrid, 8. Juli. (Tel.) Gestern kam es hier zu schweren Ausschreitungen. Nach Schluß einer von Mitgliedern des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes einberufenen Versammlung begab sich ein Demonstrationszug zum Kapuzinerkloster und steckte es in Brand. Das Feuer griff auf die neben dem Kloster liegende Kassele über, die gleichfalls zerstört wurde. Die Polizei ging gegen die Demonstranten vor, wobei sechs Personen verletzt wurden, darunter eine sehr schwer.

### Kurze Nachrichten

Die Beisetzung des Vaters a. D. Dr. Sthamer fand heute, Freitag, vormittag auf dem Hamburger Zentralfriedhof in Ohlsdorf statt. Für das Auswärtige Amt war in Vertretung des Ministers Ministerialdirektor Köster erschienen.

Stagerrat-Feier der Reichsmarine. Mehrere Boote der zweiten Torpedobootflottille der Reichsmarine liefen auf der Rückkehr von der Sommerausbildungsreise unter Führung von Korvettenkapitän Friede die schwedische Schäreninsel, die nördlich Göteborgs im Stageraal liegt, am Donnerstag an, um den dort versunkenen Schiffen der Stageraal-Schlacht einen Besuch abzustatten. Eine Abordnung der Reichsmarine legte an den Gräbern der Gefallenen, die an dieser Insel angehäuft und begraben worden waren, einen Kranz nieder.

Ein französisches Militärflugzeug über deutschem Gebiet? Über dem Ort Eppensbrunn bei Rirmasens in der Westpfalz ist Donnerstag morgen ein Flugzeug erschienen, das einige Kreise flog und längere Zeit über deutschem Gebiet verweilte. Augenzeugen behaupten, die Abzeichen einer französischen Militärmaschine deutlich erkannt zu haben.

Der „Deutsche Tag der Südpfalz“ verboten. Der von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei für 4. und 5. Juli in Bergzabern vorgesehene „Deutsche Tag der Südpfalz“ ist vom Bezirksamt Bergzabern verboten worden.

Eine lange Leitung liegt zwischen Berlin und Paris. Der stellvertretende französische Militärattache in Berlin, Kapitän de Mierny, der seinerzeit in dem Königsberger Spionagezwischenfall verwickelt war, ist jetzt von der französischen Regierung abberufen worden, und hat Berlin nun verlassen.

Das Haager Verfahren über die Zollunion. Die Eröffnung des mündlichen Verfahrens in der Angelegenheit der deutsch-österreichischen Zollunion ist vom Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag auf den 20. Juli festgesetzt worden.

Die Warschauer Beamten erhalten kein Zulagegeld. Der Warschauer Magistrat hat die Zulagehalter der Beamten infolge Mangels an verfügbaren Geldern weder am Mittwoch noch am Donnerstag ausbezahlt.

Achtstundentag in Spanien eingeführt. Die spanische Regierung hat eine Verordnung unterzeichnet, durch welche in Spanien der Achtstundentag in genauer Anlehnung an das Washingtoner Abkommen eingeführt wird.

### Die Rückwirkungen

#### der Hoover-Krise

#### Die Reichsbank am Halbjahreschluß

Das deutsche Noteninstitut, die Reichsbank, hat infolge der Entwicklung der außenpolitischen Lage alle ihre Kräfte aufzubieten müssen, um auf der einen Seite die Bedürfnisse der Wirtschaft zum Halbjahres-Ultimo zu befriedigen, auf der anderen Seite bei den immer noch andauernden Devisenabflüssen die deutsche Währung zu schützen. Die Krise, in der wir trotzdem stehen, ergibt sich daraus, daß für die umlaufenden Noten eine Deckung in Gold und Devisen von 40 Proz. vorgeschrieben ist, die freilich auch noch weiter im Notfalle bis zum Satz der Vorkriegszeit mit 83 Proz. unterschritten werden kann. Krediteinsparungen haben sowohl den Zweck, den Zahlungsmittelumsatz zu verringern (so daß dadurch natürlich auch die Notendeckung prozentual höher würde), wie die Devisenanforderungen der Banken (die zum Teil vorzorglicher Art sind, um ihren Kunden jederzeit Auslandszahlung zu verschaffen, zum Teil auch auf die Spekulationswut und die Kapitalflucht dieser Kundentriebe zurückzuführen sind). Es ist der Reichsbank gelungen, den Zahlungsmittelumsatz in normalen Bahnen nach oben wie nach unten zu halten, einerseits, um dadurch die geldlichen Ansprüche der Wirtschaft befriedigen zu können, andererseits sie aber auch dem verfügbaren Zahlungsmittelumsatz (Gold und Devisen) anzupassen. Dieser Zahlungsmittelumsatz beträgt nach dem Ausweis vom 30. Juni 5974 Millionen Reichsmark, gegen 6281 Millionen Reichsmark in der gleichen Zeit des Vorjahres. In der Verringerung drückt sich die Entwicklung der Wirtschaftskrise aus.

Freilich hat die Reichsbank dies nur durch den ihr gewährten internationalen 100-Millionen-Dollar-Kredit fertiggebracht, der, als Überbrückungskredit zum Ultimo gedacht, von den internationalen Notenbanken ihr vorgeschossen wurde, damit sie imstande sei, angesichts der politischen Krise und der Kapitalabzügen des Auslandes die 40prozentige Notendeckung aufrechtzuerhalten. Man mußte von diesem Kredit etwa 2/3 (318,6 Millionen Reichsmark) abgeben, um die Devisenanforderungen befriedigen zu können, was übrigens nicht schon mit einem Verbrauch des Kredits identisch ist. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. Juni haben durch Übernahme des Deckungskredits die Deckungsbestände formell sogar zugenommen, so daß in diesem Ausweis die tatsächliche Devisenabgabe der Reichsbank in der letzten Juniwoche (die 102 Millionen Reichsmark betragen) nicht in Erscheinung trat. Einmalig der Devisenabgaben von Montag bis zum gestrigen Donnerstag (an dem sich übrigens diese Abgaben verringerten) ist anzunehmen, daß seit Ende Mai die Reichsbank an Gold und Devisen fast 1400 Millionen Reichsmark verloren hat, was soviel ist, wie eine Halbierung ihrer Gold- und Devisenbestände. Sobald sich die Lage klärt, werden natürlich wieder große Mengen in Reichsmark gebraucht sowohl vom Inland wie auch vom Ausland, da es ja u. a. die großen Einfuhren aus Deutschland weiterbezahlen muß. Ohne die Hilfe der ausländischen Notenbanken aber hätte die Reichsbank zu noch viel einschneidenderen Krediteinsparungen schreiten müssen, um die 40-Proz.-Deckungsanforderung zu erhalten. Die Deckung beträgt nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. Juni 40,1 Proz., steht also nurmehr um ein ganz geringes über der gesetzlichen Deckung.

Es ist somit mit weiteren Krediteinsparungen zu rechnen, nachdem die Diskonterhöhung auf 7 Proz. und die milde Form der bisherigen Kreditrestriktion nicht imstande waren, das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage am Devisenmarkt herzustellen. Der Reichsbankpräsident hat ja angekündigt, daß die Reichsbank auf jeden Fall einschließen sei, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zum Schutz der Währung erforderlich sind. Man wird zunächst in gemeinsamer Arbeit mit den Banken, deren Devisenkredite beschränkt und sie so zwingen, ihre eigenen sehr beträchtlichen Devisenreserven mehr als bisher einzusetzen.

Nachdem anfangs unter dem ersten Eindruck der Hooveraktion nicht nur die Devisenanforderungen auf ein Minimum zurückgegangen waren, sondern auch eine starke Hausse an den Börsen eingeleitet hatte, kam infolge der politischen Lage der Rückschlag wie auf dem Geldmarkt, so auf den Börsen, teilweise waren an den Börsen Abgaben zu verzeichnen im Hinblick auf den Halbjahresultimo, zum Teil nahm die Spekulation Abgaben vor. Die größeren Kursverluste beschränkten sich auf die führenden Werte, während sich die Kurse des Restmarktes überwiegend gut behaupten konnten. Vielfach wurde der Rückschlag auch als „gesunde Reaktion“ auf das starke Steigerungstempo der letzten Woche angesehen. Von besonders bestimmendem Einfluß war namentlich die Tatsache, daß Reichsbankanteile schwächer lagen. Der Rentenmarkt war wieder recht still.

### Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ kam heute, Freitag, früh gegen 5 Uhr von seiner Nordlandfahrt nach Friedrichshafen zurück und landete nach dem Eintreffen der Galtener Schiffe am 6.15 Uhr glatt auf dem Wertfeldgelände.

Bei einem Probeflug in der Gegend von Villacoublay bei Paris, stürzte am Donnerstag ein dreimotoriger Flugzeug brennend ab. Unter den Trümmern wurde eine noch nicht identifizierte verohnte Leiche geborgen; ein zweiter Fahrgast, der sich durch Fallschirmabprung zu retten versucht hatte, stürzte in die Tiefe, weil der Fallschirm sich nicht entfaltete. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Ein Mannschaftswagen der Hirschberger Feuerwehr (Schlesien) fuhr auf der Heimfahrt von einer Feuerwehreffektivität infolge Veragens der Steuerung gegen einen Mast der Straßenbahn. Drei Personen wurden sehr schwer, zwei leicht verletzt.

Der 69 Jahre alte Fremdenführer Ludwig Radies, aus Hohenfalka (früher Provinz Posen) stammend, der die englische Staatsangehörigkeit besitzt und seit einigen Jahren in Strassburg als Fremdenführer tätig ist, stürzte sich von der Plattform des Strassburger Münsters in die Tiefe und blieb zerschmettert liegen. Die Ursache dürfte in Nahrungsorgen zu suchen sein. Infolge des Nachlassens des englischen Reiseverkehrs, hatte der alte Mann kaum noch Einnahmen.

In Gibraltar kam es am Donnerstagabend zu aufgeregten Protestkundgebungen gegen die am heutigen Morgen festgesetzte Hinrichtung eines Fischlers, der wegen Ermordung einer alten Frau zum Tode verurteilt worden war. Dies ist die erste Hinrichtung in Gibraltar seit dem Jahre 1806. Die Menge erganz die Schließung der Cafés und familiärer Vergnügenslokale, und die Lage wurde so bedenklich, daß Truppen alarmiert wurden, die während der Nacht die Straßen abpatrouillierten.

Ein Opal im Gewicht von 111 Karat wurde in Bighting-Ridge (Australien) gefunden. Es dürfte sich um das größte Exemplar dieser Art von Edelsteinen handeln.



### Aufhebung der Zollbefreiungen für Tabak

Der Reichsrat stimmte am Donnerstag einer Verordnung zu, wonach die Zollbefreiung für Tabak zum großen Teile aufgehoben wird. Durch diese Verordnung soll vor allem die außerordentlich große Ausnutzung der Erlaubnis unterbunden werden, ein gewisses Quantum Rauchwaren über die Grenze nach Deutschland hereinzubringen. Von dieser Erlaubnis soll in verschiedenen Gebieten zum Schaden des deutschen Tabakgewerbes allzu reichlicher Gebrauch gemacht worden sein, jedoch wird die Erlaubnis zur Mitnahme eines Mundvorrats an Rauchwaren hiervon nicht berührt.

### Aus dem Spargutachten Die Karlsruher Kulturinstitute

In dem Gutachten wird zwar zugegeben, daß Württemberg zum Beispiel für sein Landestheater bedeutend mehr ausgibt als Baden, trotzdem wird erklärt, daß für den badischen Staat der Zuschußbedarf von 600 000 RM. auf die Dauer nicht mehr tragbar sei (zu den 600 000 RM. kommt noch der höhere Zuschuß der Stadt Karlsruhe). Weiter heißt es:

Ähnlich wie bei den Universitäten erhebt sich auch hier die Frage, ob Baden es überhaupt noch verantworten kann, ein derartiges Kunstinstitut zu unterhalten, oder ob man nicht besser daran täte, sich auf einen Zuschuß an die Stadt zu beschränken, die das Theater in einem engeren Rahmen weiter betreiben könnte und deren Bewohner ja in erster Reihe der Genuß des Theaters zugute kommt. Will man aber an dem Charakter des Instituts als Landestheater doch noch festhalten, so sind jedenfalls die Ausgaben für das Künstlerpersonal unter ähnlichen Erwägungen zu würdigen, wie die für die Hochschulpromotoren; auch hier wird Baden auf die Stars großzügig verzichten müssen, ohne daß übrigens das Theater darunter wesentlich zu leiden hat, vorausgesetzt, daß man es verstehen wird, aus dem Künstlernachwuchs die richtige Auswahl für die anzustellenden Kräfte zu treffen. Auch wird man an der derzeitigen Stärke des Orchesters nicht festhalten können, wie auch Chor und Ballett sich erhebliche Einschränkungen werden gefallen lassen müssen, wenn man auf das letztere überhaupt nicht ganz verzichten will. Schließlich wird man weiter den Gedanken verfolgen müssen, ob durch ein Zusammenarbeiten mit den Theatern in Mannheim, Baden-Baden und Heidelberg sich nicht für alle vier Kunstinstitute wesentliche Ersparnisse erreichen lassen.

#### Landesbibliothek in Karlsruhe

Bei der wird die Frage aufgeworfen, ob in Baden, wo drei Hochschulbibliotheken vorhanden sind, die Landesbibliothek überhaupt noch eine Existenzberechtigung hat.

Sie kann zwar, so heißt es weiter, nach Ansicht der Kommission erhalten bleiben, sie wird sich aber beim Ausbau dahin entscheiden müssen, daß sie nur die Gebiete pflegt, die für die Universitätsbibliotheken nach ihrer Bestimmung nicht in Betracht kommen. Auf den verschiedenen Wissenschaftsgebieten werden die Hochschulbibliotheken auszubauen sein, während die Landesbibliothek lediglich die „Landeseigentümlichkeit“ berücksichtigen und alles aufnehmen sollte, was Baden, und zwar im weitesten Sinne, betrifft, oder was von Badenern geschrieben ist. Nicht richtig ist es, wenn die Bibliothek, wie sich aus den Zugangsverzeichnissen ergibt, über den Bedarf des Lesers hinaus, zum Beispiel auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft, Lehrbücher und Kommentare beschafft oder ausleiht. Solche Bestände kommen nur wenigen zugute, zumal Kommentare und Lehrbücher schnell veralten. Es ist nicht Sache der Landesbibliothek, das Handwerkszeug für Rechtsanwälte und Rechtsbestimmungen im Vorbereitungsdienst zu stellen.

Eine Einnahmesteigerung der Bibliothek durch die Einführung von Leihgebühren — nach dem Beispiel Württembergs — wird nur in Frage kommen, wenn der Einzug nicht größere Kosten verursacht, als das Erträgnis ausmacht. Jedenfalls wäre zu prüfen, ob bei Erhaltung der Bibliothek in dem vorbeschriebenen einfachen Rahmen nicht an Personal gespart werden könnte.

#### Museen und Kunstausstellungen

In diesem Kapitel wird darauf hingewiesen, daß die zur Zeit bestehende Zweiteilung von Museen und Kunsthallen den Betrieb in Baden gegenüber Württemberg bedeutend verteuere, wo nur eine einheitliche Landesmuseumsanstalt bestünde. Will man aber, so fährt das Gutachten fort, auf eine Zweiteilung nicht verzichten, so könnten vielleicht beide oder die eine Direktorenstelle durch einen Beamten im Nebenamt verwaltet werden. Bei den höheren Stellen herrscht in der Einstufung ziemliche Gleichheit, nur daß Baden einen Direktor in der Ministerialratsgruppe anfordert. Im übrigen fällt auf, daß Baden zur Ergänzung der Bestände sowohl bei den Naturalien- wie bei den Kunstausstellungen mehr aufwendet als Württemberg. Im ersten Falle 15 000 RM., gegen nur 6000 RM. in Württemberg, und im zweiten Falle 108 000 RM. gegen nur 68 000 RM. in Württemberg. Baden sollte hier dem württembergischen Beispiel folgen und sich bei Neuerwerbungen äußerste Zurückhaltung auferlegen. Es hätte sich für absehbare Zeit damit zu begnügen, die jetzigen Bestände zu unterhalten und nur in Ausnahmefällen zu Neuerwerbungen zu schreiten, z. B. wenn er Verschleppung ins Ausland vorgebeugt werden soll.

#### Das Spargutachten bemängelt bei der Landesturnanstalt

gleichfalls den großen Personalaufwand, der gegenüber Württemberg auffallend sei. Baden habe an der Landesturnanstalt einen Direktor und fünf Turnlehrer, während bei der württembergischen Landesturnanstalt ein Direktor in niedriger Gehaltsklasse, der zudem noch im Kultusministerium die Referentengeschäfte für das Turnwesen beforge, anstellt sei. Dazu noch ein Reallehrer, der aber nur einen Höchstgehalt von 5000 RM. erreichen könne, während zwei von den badischen Turnlehrern es bis zu 8400 RM. Gehalt bringen könnten.

Ebenso wird Kritik geübt am Personalaufwand der beiden badischen Seminarien für Fortbildungsschul- und Handarbeitslehrerinnen, an denen 11 Lehrkräfte gegenüber 6 in Württemberg beschäftigt sind. Es sei fraglich, ob die Unterhaltsschüsse für Lehrerinnen, die bereits im Dienst standen und sich dem einjährigen Kurs für die Fortbildungsschullehrerinnen im Seminar unterziehen, unter den jetzigen Verhältnissen noch vertreten werden können.

#### Bezüglich der Landeskunstschule

hält die Sporkommission Einsparungen insofern für möglich, als die Polzeimitt- und Illustrationsklasse mit der Klasse für Radierung vereinigt, eine Zeichen- und eine Bildhauerklasse aufgehoben und hierdurch die eine oder andere Assistentenstelle einspart werden könne. Bei dem außerordentlich schwachen Besuch der Meisterklassen in den letzten Jahren glaubt die Kommission die Frage aufwerfen zu können, ob es wirklich nötig sei, daß Baden in der heutigen Zeit sich eine besondere Kunstakademie leiste, wo derartige Anstalten im übrigen Deutschland genügend vorhanden seien. Es läge also die Aufhebung der so schwach besuchten 7 Meisterklassen in Frage,

während die aus der früheren Kunstgewerbeschule herrührenden Fachklassen mit den empfohlenen Einschränkungen noch beibehalten werden könnten.

#### Auf dem Gebiet der

#### Denkmalspflege

glaubt die Kommission ebenfalls Einsparungen vorzuschlagen zu können, da Baden für die Aufzeichnung der Kunstidentmaler und für Erhaltung frühgeschichtlicher Wandmalereien zusammen über 76 000 RM. ausbe, während Württemberg nur 11 000 RM. benötigt. Die Kommission empfiehlt hier auch in Baden mehr Zurückhaltung.

### Badischer Teil

#### Der Stand der Feldgewächse usw. in Baden Anfang Juli

St.-L.-M. Die Witterung war im abgelaufenen Monat Juni für die Entwicklung sämtlicher Kulturen außerordentlich günstig. In einigen Gegenden haben allerdings wiederholte Hagelwetter zum Teil erheblichen Schaden angerichtet; auch über die Zunahme von Verunreinigung in Fruchtfeldern und Kartoffel- und Rübenäckern wird da und dort geklagt.

Im allgemeinen wird der Saatensatz als recht befriedigend beurteilt, insbesondere bei der Winterfrucht, während die Sommerfrucht infolge Überhandnehmens von Unkraut (Gedreht usw.) in einigen Bezirken etwas zurückgeblieben ist.

Die Gewernte fällt gut aus und ist zu etwa zwei Dritteln unter Dach.

Die Weinberge haben fast ausnahmslos gefunden Befang und lassen einen nach Güte wie nach Menge befriedigenden Ertrag erhoffen.

#### Aus der Badischen Industrie

Stillelegung in der Glasfabrik Achern. Infolge der schlechten Wirtschaftslage hat sich die Glasfabrik Achern gezwungen gesehen, einen Antrag auf Stillelegung des Betriebes beim Bezirksamt einzureichen. Es ist allerdings nur an eine vorübergehende Stillelegung gedacht. Das Werk soll wieder in Betrieb genommen werden, sobald es die wirtschaftlichen Verhältnisse einigermaßen zulassen.

#### Tagungen

Die 7. Landestagung des Badischen Fischereiverbandes fand in Donaueschingen statt. Der Landesvorsitzende, Minister a. D. Dr. Reers, überbrachte die Wünsche der badischen Regierung und des Landtags. Der Geschäftsbericht, welcher von Regierungsrat Dr. Koch erstattet wurde, beschäftigte sich eingehend mit der Lage der Fischerei in den badischen Gewässern, die Abwasserfrage, die Nachfischerei, die Verwendung der sogenannten Schottergeräte u. a. Der bisherige Landesvorsitzende, Minister a. D. Dr. Reers, legte den Vorstoß nieder; an seiner Stelle wurde mit großer Mehrheit Ministerialdirektor a. D. Föhrenbach gewählt.

#### Aus der Landeshauptstadt

80. Geburtstag. In Körperlicher und geistiger Frische kann am 8. Juli Oberlehrer i. R. Karl Kirich das 80. Jahr seines 80. Geburtstages begehen. 45 Jahre lang war er an der Karlsruher Volksschule tätig. Lange Zeit wirkte er als Oberlehrer an der Lindenstraße. Nebenbei war er 40 Jahre lang Hofkantor und stellvertret. Organist an der Schloßkirche. Auch als zweiter Dirigent des Karlsruher Lehrergesangsvereins hat sich Karl Kirich hervorgetan.

Vollständige Bauabschleue belassen den Dammertod. Wiederholt haben sich Fachleute des In- und Auslandes für die Baurückgabe interessiert, wie sie durch den Zeilen- und Flachverbau in der Karlsruher Dammertodfiedlung einheitlich verwirklicht worden sind. Zu Beginn dieser Woche trafen abermals 14 Besucher aus Holland als Vertreter des öffentlichen und genossenschaftlichen Bauwesens der Stadt Rotterdam in Karlsruhe ein. Das Urteil der holländischen Fachleute entschied sich, wie mitgeteilt wird, in überwiegender Mehrheit für das Resultat, mit dem sich hier in 23 verschiedenen Gebrauchsmustern diese fortschrittliche Wohnsiedlung vergrößere. Die Gäste besichtigten außerdem die Gartenstadt und nach einer Rundfahrt quer durch Karlsruhe das Rheinstrandbad Kappenberg, dessen Einrichtungen ebenfalls ihren hochmännlichen Beifall fanden.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitag morgen: Die Wetterlage ist seit gestern unbedeutend geblieben und wird noch immer durch eine nördlich von England existierende Zirkone beherrscht. Eine Randstörung liegt heute über Frankreich und wird uns gegen Abend Gewitter bringen. Voraussage: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstände: Waldahut 357 minus 1, Bafel 170 un verändert, Schutterinsel 226 minus 8, Rehl 360 minus 4, Maxau 538 minus 6, Mannheim 452 minus 7, Caub über 200 Zentimeter.

**Wohlbefindlich** nach jeder Zigarette  
nimmt dem Atem den Tabakgeruch

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	3. Juli		2. Juli	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.38	169.72	169.33	169.67
Kopenhagen 100 Kr.	112.70	112.92	112.70	112.92
Italien 100 L.	22.04	22.08	22.04	22.08
London 1 Pfd.	20.475	20.515	20.474	20.514
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.475	16.515	16.474	16.514
Schwiz 100 Fr.	81.536	81.695	81.515	81.675
Wien 100 Schilling	59.195	59.315	59.111	59.30
Prag 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Der Pfandbriefmarkt im RM. Der Gesamtmarkt an Schuldverschreibungen (einkl. Sachwertanleihen) erhöhte sich nach der Statistik der Bodenkreditanstalt bis zum 31. Mai 1931 bei einem Reingang von 35 (im Vormonat 119) Millionen Reichsmark auf 12 557 (12 547) Millionen Reichsmark. Der Hauptanteil des Zugangs entfällt wieder auf den Typus. Auch der Auslandsabzug war wieder minimal.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 1. Juli d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 9/16 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7254 Pence.

#### Die Berichte des Mannheimer Rheinschiff- fahrtskongress

Die Berichte der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiff- fahrt und Seetransport, Mannheim, und der Rheinschiffahrts- V.G. vorm. Fendel, Mannheim, besagen über das am 31. De- zember abgeschlossene Geschäftsjahr übereinstimmend, 1930 stand unter dem Zeichen der rückläufigen Konjunktur einer immer schlechter beschäftigten Industrie. In der ersten Hälfte des Jahres war die Beschäftigung auf dem Rhein noch einiger- maßen ausreichend. In der zweiten Hälfte des Jahres ver- ringerte sich das Angebot von Transportgut und damit sanken auch die Frachten immer tiefer. Erst gegen Ende des Jahres trat eine geringe Belebung ein. Der Wasserstand war das ganze Jahr hindurch recht gut zu nennen, nur in den Monaten Februar und März währte einige Wochen Kleinwasser. Die Folge war, daß die Schifffahrt auf dem freien Rhein fast das ganze Jahr hindurch bis Basel offen war. Nur in den Mo- naten Februar und März, sowie im Dezember konnte die Schifffahrt nur bis Rehl/Strasbourg durchgeführt werden. Der günstige Wasserstand bedeutete für den Verkehr nach Basel ein Rekordjahr insofern, als über eine Million Tonnen in dem Badler Hafen umgeschlagen wurden. Auch für den Verkehr nach und von Strasbourg und Rehl war das ganze Jahr 1930 hindurch ebenfalls ein Rekordjahr. Dagegen hat der Verkehr nach Mannheim und Ludwigshafen im Jahre 1930 eine erhebliche Einbuße gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Der überaus milde Winter 1929/1930 machte keine wesentlichen Zufuhren von Kohlen nach Mannheim erforderlich, den großen Holzlagern in Mannheim fehlte infolge des Niedrigwasserstandes des Baumarktes fast jeglicher Absatz, und die am Rhein an- sässigen Industrien beschränkten ihren Bedarf an Rohprodukten auf das Nötigste. Der Rückgang des Exports andererseits rief in den Talverkehre große Lücken. Zur Lohnfrage besagen die Berichte: Während nun auf der einen Seite die steuerlichen und sozialen Lasten in Deutschland anwachsen, ist auf der anderen Seite der Abbau der Löhne trotz aller Feststellungen des Rheingutachtens mit den denkbar größten Schwierigkeiten verknüpft. Dabei besteht die Tatsache, daß die ausländischen Flaggen, denen schon nach dem Rheingutachten ein ganz ge- waltiger Vorprung zugute kommt, im vergangenen Jahre weite- re Lohnsenkungen vorgenommen haben, welche die auf deut- scher Seite eingetretene Lohnsenkung von 7 Prozent wesentlich übertreffen.

Beim Ausblick auf das Jahr 1931 muß leider festgestellt wer- den, daß das Frachtniveau, das schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 so außerordentlich weit zurückgegangen war, noch weiter gesunken ist, so daß man nur noch von einem allgemeinen Zusammenbruch des Frachtmarktes sprechen kann. Die heutigen Frachten basieren nicht mehr auf kauf- männischen Erwägungen, sondern sind lediglich zu erklären, daß bei dem gewaltigen Überangebot von Raumraum und Schlepptkraft der Frachtführer sich nur noch die eine Frage zu überlegen hat, ob er seinen Betrieb noch weiter stilllegen und sein Personal der öffentlichen Fürsorge überlassen will, oder ob er, um die Beziehungen aufrechtzuerhalten, sich mit einer Vergütung zufrieden gibt, die vielleicht zur Bezahlung der Löhne ausreicht, aber darüber hinaus keinerlei Aufkostendeckung gestattet.

Der Bericht der Badischen V.G. für Rheinschiffahrt besagt im einzelnen: Im Seefrachtgeschäft waren wir trotz des Ab- flauens immer noch leidlich beschäftigt und können auch von befriedigenden Ergebnissen berichten. Die Zusammenarbeit mit den liierten Seereedereien hat sich auch im laufenden Jahre wiederum bewährt. Unsere Expeditionsorganisation, die unter dem Namen der Rhemus Transportgesellschaft m. b. H. nicht nur am ganzen Rhein, sondern auch in Hamburg und Berlin, sowie im westfälischen Industriegebiet festen Fuß gefaßt hat, erwies sich als nützlicher Zubringer nicht nur für die Rhein- schiffahrt, sondern auch für das internationale Frachtgeschäft. Insbesondere haben die beiden Häuser in Berlin und Hamburg uns gute Dienste geleistet. Unsere Niederlassung in Rehl, welche den Hauptumschlag für den Schweizer Verkehr besorgt, nachdem unserem Konzern die Erlangung eigener Anlagen in Strasbourg bisher verjagt ist, war im abgelaufenen Jahr er- freulich gut beschäftigt. Mit zwei anderen Firmen wurde die Rehler Lagerhaus-Gesellschaft m. b. H. in Rehl gegründet, welche die Bewirtschaftung des dortigen großen staatlichen Getreidespeichers in die Hand genommen hat.

Auf Grund der Gewinn- und Verlustrechnung per 31. De- zember 1930 stehen zur Verfügung: 509 140,23 RM. Davon sind verwendet für Abschreibungen 260 018,41 RM., so daß zur Verfügung der Generalversammlung verbleiben 249 126,82 RM. Davon wird eine 5prozentige Dividende vorgeschlagen.

Die Rheinschiffahrts-V.G. vorm. Fendel, Mannheim, be- richtet: Entsprechend der allgemeinen Lage der Rheinschiffahrt waren die Andienungen im Massengutgeschäft im ersten Halb- jahr einigermaßen befriedigend. So war es möglich, auch über die zweite Hälfte des Jahres mit leidlichen Betriebsergebnissen hinwegzukommen. Unsere Vertretungen an den Seehafen- plätzen Rotterdam und Antwerpen haben befriedigende Ergeb- nisse abgemoren, ebenso die Vertretung in Basel und an den übrigen Rheinstationen. Erfreulich war es, daß speziell die in der Nachkriegszeit mit erheblichem Aufwand geschaffenen groß- zügigen Hafenanlagen in Duisburg-Ruhrort besser beschaftigt waren als in allen früheren Jahren, was nicht zuletzt auf die großen Einlagerungen von Roggen durch die öffentliche Hand zurückzuführen ist. Dagegen ist sehr zu bedauern, daß wir an den Getreidetransporten, welche die fast ausschließlich mit Mitteln des Reiches und der Länder geschaffenen Organe zu vergeben haben, nicht entsprechend unserer Betriebsmittel beteiligt waren.

Es stehen auf Grund der Gewinn- und Verlustrechnung zur Verfügung: 511 223,99 RM. Davon sind verwendet: für Abschreibungen 263 504,80 RM., so daß zur Verfügung der Generalversammlung bleiben 247 719,19 RM., woraus gleich- falls eine 5prozentige Dividende vorgeschlagen wird.

Die Generalversammlungen finden heute, 3. Juli, statt.

Internationales Vistofekunstleibendikat. Die Verhand- lungen zwischen den wichtigsten deutschen, holländischen, ita- lienischen und schweizerischen Herstellern von Vistofekunstleide zur Bildung eines Verkaufsmandates für den deutschen Markt wurden am Donnerstag abgeschlossen. Die Dauer des Ver- trages wurde auf 10 Jahre festgelegt. Der Verkauf der von den genannten Firmen hergestellten Vistofekunstleide in und nach Deutschland erfolgt ab 1. August 1931 ausschließlich durch die Kunstleidevertriebs-GmbH. Berlin. Die beteiligten Vertreterorganisationen sollen nach Möglichkeit beibehalten wer- den. — Gleichzeitig erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages über die Bildung des Kunstleideleibendikates zwischen den Firmen J. P. Weimberg AG., Barmen, J. G. Farben-Industrie, Frankfurt a. M., und F. M. Küttner, Birna, dessen Geltungs- bereich über den deutschen Markt hinausgeht.



## Gemeinderundschau

### Voranschläge der Gemeinden

Der Bürgerausschuß Weibheim lehnte einstimmig den Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1931/32 ab, da in dem Gemeindeetat die Einführung der Bier- und Bürgersteuer vorgezogen war.

Der Bezirksrat Sinsheim hat für die Gemeinde Eppingen die Einführung der Gemeindebiersteuer ab 1. Juli 1931 mit einem Zuschlag 50 Prozent angeordnet.

In Forst (bei Bruchsal) hat der Bürgerausschuß, mit knapper Mehrheit den Etat angenommen. 25 Stimmen waren dafür, 24 dagegen. Zentrum und Sozialdemokraten nahmen den Voranschlag an. Die Nationalsozialisten lehnten ihn ab, ebenso die Kommunisten.

Der Bürgerausschuß Ördern (Amt Kastatt) hat den Voranschlag mit allen gegen eine Stimme der Bürgerpartei angenommen. Da die Wohlfahrtsausgaben über 10 000 M betragen, machte der neue Voranschlag eine 200prozentige Einführung der Bier- und Bürgersteuer notwendig.

Der Bürgerausschuß Offenburg hat am Donnerstag in nahezu sechsstündiger Sitzung den Voranschlag nach dem Beschluß des Stadtrats angenommen. Auf eine Spezialdebatte der einzelnen Positionen wurde verzichtet. Bei der Beratung des Voranschlags stellte der Oberbürgermeister fest, daß abgesehen von den Schwierigkeiten, die die Aufstellung des Voranschlags in diesem Jahre mit sich brachten, insbesondere sich Differenzen aus dem Rückgang der Uberteuferungssteuern ergeben haben.

Der Bezirksrat hat den Zwangsset der Stadtgemeinde Haslach festgestellt. Die Biersteuer wurde ab 1. Juli in doppeltem Betrag eingeführt. Ausgaben, die nicht im Voranschlag vorgezogen sind, dürfen nicht gemacht werden.

### Ein Bürgermeister disziplinarisch bestraft

Vor einiger Zeit stand Bürgermeister Frank von Hügelsheim vor dem Karlsruher Schöffengericht wegen Urkundenfälschung als Vorstand der Ortsversicherung. Das Verfahren endigte in zweiter Instanz mit einem Freispruch, weil der Beschuldigte sich dieser Handlungsweise nicht bewußt war. Unabhängig von diesem Freispruch befahte sich in seiner letzten Sitzung der Bezirksrat Kastatt nochmals mit dieser Angelegenheit. Erschwerend für Bürgermeister Frank fiel ins Gewicht, daß er sich schon einmal eine nicht einwandfreie Sache zuschulden kommen ließ und einen Verweis dafür erhielt. In Berücksichtigung dieser Tatsache entschied der Bezirksrat dahin, daß Bürgermeister Frank einen Verweis erhält und außerdem eine Geldstrafe in Höhe von 30 M.

Die gemeindepolitischen Verhältnisse sind seit der letzten Bürgermeisterwahl in Hügelsheim außerordentlich unerquicklich. Der Kampf um den Bürgermeisterposten wurde in einer so heftigen Weise geführt, daß sich die Gemeinde in zwei feindliche Lager spaltete. Der im Wahlkampf unterlegene Teil hat wohl aus einer Art Rachegefühl die Beschuldigung gegen Bürgermeister Frank erhoben. Der Bezirksrat sprach die Meinung aus, daß die Gemeinde sich darüber im klaren sein möge, daß bei Fortdauer der jetzigen Verhältnisse sie selber und ihre Angehörigen nur geschädigt werden.

**Bürgermeisterwahlen.** In Muggingen (Amt Konstanz) wurde Julius Honsel mit 72 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat Hugo Seeburger erhielt 66 Stimmen. — In Weibhof (Amt Konstanz) erhielt Bürgermeisterstellvertreter und Gemeinderat Klaus 81 Stimmen, Kassierer Bauer 51 Stimmen, Klotz hat jedoch die Wahl nicht angenommen.

**Kehl 50 Jahre badische Amtsstadt.** 50 Jahre sind verflossen, daß Großherzog Friedrich I. durch Beschluß seines Staatsministeriums die Verlegung der Bezirksbehörden (Bezirksamt, Amtsgericht, Domänenamt) von Kork nach Kehl angeordnet hat. Die Überführung von Bezirksamt und Amtsgericht erfolgte am 31. Oktober 1881, die des Domänenamts am 1. April 1882. Fast 70 Jahre lang hat die damalige Stadt Kehl kämpfen müssen, bis sie endlich Sitz der Bezirksbehörden geworden ist. Kehl kann also im Herbst sein goldenes Jubiläum als Amtsstadt feiern.

## Kurze Nachrichten aus Baden

### Die Müllheimer Saalklacht vor Gericht

#### Ein Freispruch

Die Vorgänge anlässlich einer sozialdemokratischen Versammlung in Müllheim am 28. Febr. 1931, die von Nationalsozialisten gesprengt worden war, hatten gestern und heute ihr gerichtliches Nachspiel vor dem Freiburger Schöffengericht. Angeklagt der gewaltsamen Störung einer öffentlichen Versammlung sowie der Körperverletzung waren sechs Nationalsozialisten, vier aus Freiburg und zwei aus Müllheim. Die eingehende Beweisaufnahme — es waren nicht weniger als hundert Zeugen vernommen worden — erbrachte keine Klarstellung der Vorgänge, insbesondere nicht darüber, ob eine Versammlungsprengung von Anfang an beabsichtigt war oder nicht. Das Schöffengericht erkannte daher, da ein voller, unanfechtbarer Beweis für die Schuld der Angeklagten nicht erbracht war, ausnahmslos auf Freisprechung. Als der moralisch Verantwortliche an der ganzen Sache ist nach Ansicht des Gerichts der Schuhmachermeister Trittschler (Freiburg) anzusehen, der das Disziplinarrecht mißbraucht habe. Der Gerichtshof selbst hielt den Ausgang des Prozesses nicht für befriedigend und bewaerte es, daß es nicht gelungen sei, die wahren Schuldigen auf die Anklagebank zu bringen.

### Um die Sanierung der badischen Handwerker-erholungsheime

Die vom Badischen Landesverband der Handwerkervereine ins Leben gerufenen Handwerkererholungsheime Bad Sulzburg und St. Leonhardt befinden sich in finanziellen Schwierigkeiten. Da der Landesverband Badischer Handwerker- und Gewerbevereine als Besitzer dieser Heime auf die Beiträge der angeschlossenen Vereine angewiesen ist, so ist eine Sanierung dieser Heime nicht möglich, ohne eine Beitragserhöhung seitens des Verbandes. Die Verluste, die auf 463 000 M. beziffert werden, sind darauf zurückzuführen, daß die Voranschläge für den Umbau mehrfach überschritten worden sind. Gläubiger sind in erster Linie die Handels- und Gewerbebank Heidelberg mit 180 000 Reichsmark, die Versicherungsanstalt Heidelberg mit 258 000 Reichsmark, der Stuttgarter Handwerkerverein mit 25 000 M., die Badische Landesversicherungsanstalt mit 100 000 M. Um den Fehlbetrag einzubringen, wird vorgeschlagen, wie in einer Handwerkerversammlung in Singen mitgeteilt wurde, den Jahresbeitrag pro Mitglied auf die Dauer von fünf Jahren um 2 M. zu erhöhen. Sollte die Sanierung nicht zustande kommen, so würde der Landesverband zusammenbrechen und die Erholungsheime an die hypothetisch gesicherten Gläubiger fallen. Die meisten Gläubiger des Saalklubs haben sich für die Sanierung ausgesprochen. Auch der Singener Gewerbeverein stimmte der Sanierung zu.

**Dr. Mannheim, 3. Juli.** Direktor Carl Bühner von der Papyrus AG. Mannheim-Waldhof ist, 78jährig, nach längerem schweren Leiden gestorben.

**Dr. Pforzheim, 2. Juli.** Einer der hervorragendsten Industriellen Pforzheims, Fabrikdirektor Karl Wilhelm Kay, beging heute das Fest seines 25jährigen Dienstjubiläums bei der Firma Kobi & Wienenberger. Im Januar konnte er seinen 50. Geburtstag feiern. Kay hat sich um die Pforzheimer Bijouterieindustrie außerordentliche Verdienste erworben. Von allen Seiten des In- und Auslandes sind ihm herzliche Glückwünsche zum heutigen Tage dargebracht worden.

**Hd. Reustadt i. Schw., 2. Juli.** Mittwoch nachmittag schlug der Blitz in das Kompressorhaus für den Schluchseewerkbau an der Dyrerhalde bei Hüfeln i. Schw. und scherte das Holzgebäude samt den Maschinenanlagen in kurzer Zeit ein. Auch eine Telegraphenstange geriet dabei in Brand, wodurch die Fernspreitleitungen nach St. Blasien gestört wurden.

**Dr. Konstanz, 2. Juli.** Das Bezirksamt Konstanz hat unter Bezug auf die Notverordnung des Reichspräsidenten über die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die von den Nationalsozialisten am 4. und 5. Juli geplante Kundgebung und ebenso die vom Reichsbanner geplante Gegentkundgebung verboten.

\* Heidelberg, 3. Juli. Wie die „M.B.Z.“ erfährt, hat der im Wohnungsbauprozeß wegen Untreue und einfachen Bankrotts zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilte frühere Geschäftsführer der Gesellschaft Ludwig Müller, durch seinen Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dr. Pfeiffenberger, gegen das Urteil Berufung eingelegt.

## Staatsanzeiger

### Bekanntmachung

**Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel.**  
Auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 (Reichsgesetzblatt I Seite 79) werden für das Land Baden alle Ansammlungen und Versammlungen unter freiem Himmel (Propagandafahrten, Umzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen) vom 6. Juli 1931 an bis mit 30. September 1931 verboten.

Veranstaltungen gesellschaftlicher, rein sportlicher oder firdlicher Art, soweit sie herkömmlich und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Anordnung nicht betroffen, sind aber beim Vorliegen der Voraussetzungen des § 1 der Verordnung vom 28. März 1931 anmeldspflichtig. Sonderregelung für Veranstaltungen zur Feier des Verfassungstages bleibt vorbehalten.

Karlsruhe, den 3. Juli 1931.

Der Minister des Innern  
Maier.

### Losverkauf

Dem Caritasverband der Diözese Mainz wurde die Erlaubnis zum Losverkauf (s. Mainz-Wormser Dombauloterie) in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 1. Juli 1931.

Der Minister des Innern  
J. A.: Imhoff.

### Lotterie

Der Stadtgemeinde Donaueschingen wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Pferde-Lotterie erteilt.

Karlsruhe, den 1. Juli 1931.

Der Minister des Innern  
J. A.: Imhoff.

### Losverkauf

Dem Landesverband der katholischen Gesellenvereine in München wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 1. Juli 1931.

Der Minister des Innern  
J. A.: Imhoff.

### Bekanntmachung

**Regierungsbaumeisterprüfung im Hochbaujahr 1931.**  
Die Regierungsbauführer Günster Eugen aus Singen a. O., Hennings Günter aus Riel, Weiser Fritz aus Lautenbach, Schaefer Fritz aus Karlsruhe und Behl Julius aus Heidelberg haben sich der diesjährigen Staatsprüfung im Hochbaujahr unterzogen; sie sind für bestanden erklärt und zu Regierungsbaumeistern ernannt worden.

Karlsruhe, den 1. Juli 1931.

Der Finanzminister  
J. B.: Sammet.

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums

In den Ruhestand versetzt:

Förster Albert Maier in Seebach beim Forstamt Ottenhöfen.

In der IV. Etage:  
**AUSSTELLUNG**

**Ernährung für Mutter u. Kind**

der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kindersterblichkeit (Kaiserin-Augusta-Viktoria-Haus, Berlin)

**Jeden Nachmittag 5 Uhr: Fachärztlicher Vortrag!**

... und Ihre Kinder  
... in unser Spielzimmer!

**HERMANN KARLSRUHE**

A. 930. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Theodor Billigheimer, Branntweinbrennerei hier, Schumannstr. 5, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 24. Juli 1931, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 3, 3. Stock, Zimmer Nr. 252. Karlsruhe, den 25. Juni 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 1.

A. 931. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Borchers & Co., G.m.b.H., hier, Waldstr. 32, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Freitag, den 24. Juli 1931, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 3, 3. Stock, Zimmer Nr. 253. Karlsruhe, den 26. Juni 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 1.

A. 544. Karlsruhe. Im Konkurs über das Vermögen des Theodor Billigheimer, Branntweinbrennerei, hier, soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind 633,97 M. verfügbar. Zu berücksichtigenden sind bevorrechtigte Forderungen mit 951,30 M., so daß diese nur teilweise Befriedigung erhalten und die gewöhnlichen Forderungen mit 24 060,82 M. ganz ausfallen. Das Schlussverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle Abt. 1 des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht aus.

Karlsruhe, den 2. Juli 1931.  
Der Verwalter: Karl Nagel.

**Badisches Landestheater**  
Samstag, 4. Juli 1931  
\*C 29 Th.-Gem. 1301-1400

**Undine**  
Romantische Zauberoper von Döring  
Dirigent: Schwarz  
Regie: Pruscha  
Mitwirkende:  
Blau, Haberlorn, Reich-Dörig, Hofpach, Kiefer, Rentwig, Wittich, Schoepflin, Schuster, Schmitt  
Anfang 20. Ende geg. 22<sup>1/2</sup> U.  
Preise C (1-7 M.)

So. 5. 7. Boris Godunow.  
Im Konzerths.: Keine Vorstellung.

Lebensbedürfnisverein

Wir empfehlen

Limburger Stangenkäse prima Ware	Pfund	-,40
Allg. Emmentalerkäse saftig, I. Wahl	Pfund	1,40
Echt. Emmentalerkäse i. Schd., Marke Tiger	Schd., 6teilig	1,—
Wiedemann's Emmentaler ohne Rinde	Adlerkäse St.	-,50
Fst. Gigelberg-Käse	zu	-,20 u. -,28
GEG-Süßrahmkäse Alpenrose	Stück	-,36
Fst. Dessertkäse -22, Camembert	6teilig	Schd. 1,08
Enzian-Rahm-Kümmelkäse	Stück	-,25
Streichfert. Kräuterkäse	Schd.	-,30
GEG-Kräuterkäse in Stützchen zum Reiben	Stück	-,12
Echt. Münsterkäse	1/4 Pfund	-,35
Edamer in Kugeln und Aufschnitt	Pfund	-,80
Fst. Ölsardinen in Dosen	-,25, -,45, -,60, 1.— u.	1,30

Abgabe nur an Mitglieder. L. 274

Druck G. Braun, Karlsruhe.